



# NRWinfo

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland  
IV NRW

Heft 1/2018

1. Quartal

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)



**Verfehlte Agrarpolitik  
Wir haben es satt!**

Dirk Jansen



D. Jansen

## Für mehr Tempo bei der Agrar- und Ernährungswende 33.000 haben es satt

**K**ochtopf-Konzert, Hühnermützen, große Banner, Musik, Traktoren und bunte Kostüme - zum achten Mal in Folge zogen im Januar Bäuer\*innen und Bauern, Natur- und Tierschützer\*innen, Imker\*innen und viele andere lautstark für eine umwelt- und tierschutzgerechte bäuerliche Landwirtschaft durchs winterliche Berlin. Mit dabei waren wieder viele BUND-Aktive und BUND-Jugendliche aus ganz NRW.

### Weniger Tiere, bessere Haltung

„Agrarfabriken stoppen! Für artgerechte Tierhaltung in OWL“ - mit klarer Botschaft zog die BUND-Kreisgruppe Paderborn durchs Regierungsviertel. Auch die BUND-Gruppen in den Kreisen Lippe, Minden-Lübbecke, Gütersloh und in Bielefeld hatten intensiv mobilisiert und einmal mehr eine gemeinsame Anreise mit Bussen und Bahn organisiert. „Wir sind be-

geistert, wieviele Menschen aus Ostwestfalen-Lippe sich Jahr für Jahr mit uns für eine Agrarwende auf den Weg machen“, so Jens Korff von der BUND-Regionalgruppe OWL. Auch BUND-Delegationen aus den Kreisen Warendorf, Coesfeld, Unna, Mettmann, Bonn und andernorts forderten beherzt den Umbau der Tierhaltung und den Stopp der Gülleflut in vielen Teilen des Landes.

### Pestizide reduzieren – Glyphosat stoppen

„Glyphosat und Co – Macht euch vom Acker!“ – mit tatkräftiger Unterstützung der besonders weit angelegten BUND-Aktiven aus Aachen-Land riefen wir auf Großbannern dazu auf, keine weitere Zeit mehr verstreichen zu lassen und nach der fatalen Wiederzulassung von Glyphosat in den Koalitionsverhandlungen nun alles daran zu setzen, das Ausbringen dieses Wirkstoff möglichst umfassend einzudämmen.



D. Jansen

*„Wir müssen raus auf die Straße, immer wieder aufs Neue! Die Erfahrung zeigt: Ohne beharrlichen Druck gibt es keine Veränderungen - leider.“*

Stephan Culemann, BUND KG Lippe

*„Dieses Jahr sind besonders viele neue Menschen mit uns im Zug gefahren – das ist total motivierend.“*

Kornelia Fiesemann, BUND-Kreisgruppe Minden-Lübbecke

*„Das ist meine siebte Agrardemo in Berlin und es tut gut zu sehen, das Bauern und Naturschützer, jung und älter, hier gemeinsam an einem Strang ziehen.“*

Hiltrud Brüggemann  
BUND KG Warendorf



Mehr Bilder unter [www.bund-nrw.de/whes2018](http://www.bund-nrw.de/whes2018)

## Halali auf die biologische Vielfalt

Die Jagd auf Wildschweine und Füchse wurde bereits intensiviert, in dieser ersten Jahreshälfte soll ein Referentenentwurf „für eine praxisorientierte Weiterentwicklung“ des Landesjagdgesetzes vorgelegt werden. Dabei setzt das Umweltministerium auf Populismus statt auf Problemlösung.

Seit dieser Jagdsaison ist in NRW die Fuchsbejagung am Kunstbau wieder möglich. Es heißt, die Intensivierung der Fuchsjagd sei insbesondere in den Gebieten erforderlich, in denen es bodenbrütende Vogelarten wie Feldlerche oder Rebhuhn gibt.

Nun weist eine französische Studie (Comte et al. 2017) nach, dass bei einer Erhöhung des Abschusses von Füchsen um 35 Prozent der Bestand insgesamt nicht abnimmt, dafür aber der Befall von Füchsen mit dem Fuchsbandwurm um 15 Prozent zunimmt. Die Fuchsjagd zum vermeintlichen Schutz bedrohter Tierarten zu propagieren, obwohl die industrielle Landwirtschaft als Hauptursache für den Schwund nicht nur von Vögeln, sondern unter anderem von Schmetterlingen und Regenwür-

mern wissenschaftlich identifiziert ist, ist also in mehrfacher Hinsicht widersinnig.

Auch dem Wildschwein geht es an den Kragen. Per Erlass verfügte Ministerin Schulze Föcking, dass die Schonzeit für Wildschweine bis zum 31. März aufgehoben wird – auch in Naturschutzgebieten. Als Begründung führte sie das Auftreten der Afrikanischen Schweinepest in Polen an. Dabei hatte das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit den Menschen als Übertragungsweg ausgemacht. Auch die polnischen Behörden wundern sich über die deutschen Kollegen, konnten doch bei dem neuen Seuchenherd bei Warschau importierte Essensreste als Ursache der Infektion identifiziert werden.

Nach Angaben des Ministeriums steigt die Zahl der Wildschweinabschüsse durch Jäger in NRW seit Jahren kontinuierlich an. Im letzten Jagdjahr waren es 39.000 Tiere, 4.500 mehr als im Jahr zuvor. Dass die Zahl der Konflikte trotz bereits intensiver Verfolgung steigt, ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Jagd nicht hilft, sondern im Ge-

genteil schadet. So weist auch eine französische Studie (Servanty et al. 2009) nach, dass eine intensive Jagd beim Wildschwein zu stärkeren Vermehrungsraten führt. (hs)



### Änderung des Landesentwicklungsplans

## Freiraumschutz wird ausgebremst

Der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP) ist die fachübergreifende, integrierte Konzeption für die räumliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens. Neben den raumplanerischen Entwicklungszielen werden im LEP flächendeckend die zukünftigen Grundzüge der zentralen Versorgungsbereiche und der Entwicklungsachsen festgesetzt. Erst seit Februar 2017 ist der neue LEP für NRW gültig. Doch die neue CDU/

FDP-Landesregierung will ihn schon wieder ändern.

Die Landesregierung ist nach eigenem Bekunden angetreten, die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens entfesseln zu wollen. Deshalb verabschiedet sie jetzt diverse „Entfesselungspakete“, deren Maßnahmen über den LEP verbindlich gemacht werden sollen. Ein zentrales Anliegen dabei ist die Abschaffung des so genannten 5 Hektar-Ziels, mit dem Rot-Grün

den anhaltenden Freiraumverbrauch bremsen wollte. Auch soll es zukünftig leichter werden, Kies-, Sand- oder Kalkabgrabungen vorzunehmen oder (Flug)häfen auszubauen.

In einer ersten Landtagsanhörung haben BUND-Experten die vorgesehenen Neuerungen scharf kritisiert. Sie verstießen gegen Vorgaben des Bundesrechts und führten zu weiteren Umweltverschlechterungen in NRW.



D. Jansen

Hambacher Wald statt Braunkohle

# BUND stoppt Rodungen

Es hatte etwas von einem Krimi, doch kurz vor Weihnachten war es amtlich: Der BUND hat die von RWE geplanten Rodungen des Hambacher Waldes für den Braunkohlentagebau für diese Saison gestoppt. Die Erleichterung und Freude ob dieses großen Erfolges war groß.

Zwar hatte das Verwaltungsgericht Köln die BUND-Klage gegen die bergrechtlichen Zulassungen für den Tagebau Hambach am 24. November abgewiesen, doch der BUND gab nicht auf. Noch am selben Tag beantragte BUND-Anwalt Dirk Teßmer beim Oberverwaltungsgericht (OVG) des Landes in Münster den Erlass einer Zwischenverfügung für einen Rodungsstopp, um RWE daran zu hindern, mit der Kettensäge Fakten zu schaffen. Denn noch hatte das Gericht nicht über einen entsprechenden BUND-Eilantrag entschieden. Das OVG folgte dem Antrag und ließ gleichzeitig durchblicken, dass die BUND-Argumentation, wonach der Wald wegen seiner unbestreitbaren Eigenschaft als von der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU geschütztes Gebiet nicht erheblich beeinträchtigt werden dürfe, durchaus zutreffend sein könnte. Das hatte das VG Köln mit seiner erstinstanzlichen Entscheidung noch verneint. Dazu schlug das OVG den streitenden

Parteien einen Vergleich vor: Rodungsstopp zunächst bis Ende des Jahres und Beauftragung eines Gutachters durch das Land. Der BUND signalisierte die grundsätzliche Bereitschaft, dem beizutreten, formulierte aber unerlässliche Bedingungen. RWE zögerte und suchte einen Ausweg. Der Konzern erklärte, die Inhalte des Vergleichsvorschlags umsetzen zu wollen. Der Vergleich wurde damit obsolet.

Allerdings stand RWE vor dem Problem, ohne eine bergrechtliche Zulassung ab dem 1. Januar nicht weiterbaggern zu dürfen. Klar war aber auch, dass der BUND eine neue Zulassung inklusive Rodungsgenehmigung wahrscheinlich erfolgreich hätte beklagen können. Das sah offenbar auch das Land so und verlängerte deshalb die Zulassung des Hauptbetriebsplans bis zum 31. März 2018, untersagte aber gleichzeitig weitere Rodungen. Damit war es amtlich: Die Rodungssaison im Hambacher Wald war vorbei, bevor sie richtig begonnen hatte. Ohne eine neue Rodungsgenehmigung kann RWE die Rodungen aber auch nicht im Herbst 2018 fortsetzen. Die FFH-Problematik bleibt nach BUND-Auffassung eine kaum überwindbare Hürde. So oder so: Der BUND wird alles versuchen, den Tagebau zu stoppen und den Wald zu retten..

Kampf für den Wald vor Ort und im Gerichtssaal: Das BUND-Team mit Dirk Jansen, Holger Sticht, Thomas Krämperkämpfer, Matthias Schreiber und Dirk Teßmer.



R. Behrens, D. Jansen

 Alle Infos zu der BUND-Klage finden Sie unter [www.bund-nrw.de/hambach\\_klage](http://www.bund-nrw.de/hambach_klage). Besonders freuen würden wir uns über Spenden zur Unterstützung unseres juristischen Widerstandes.

Tagebau Garzweiler frisst nächstes Dorf

# Verheizte Heimat: Immerath

Begleitet von Protesten hat am 8. Januar die RWE Power AG mit dem Abriss des „Immerather Doms“ begonnen. Schon einen Tag später blieb davon nur noch ein Schutthaufen übrig. Damit beginnt das letzte Kapitel der etwa 1.000-jährigen Geschichte des Dorfes Immerath, das dem Braunkohlentagebau Garzweiler II weichen muss.

Mehr als 300 Menschen - darunter etliche BUND-Aktive - hatten mit einer Mahnwache und einem ökumenisch-politischen Gebet gegen den Abriss der Kirche für die sinnlose Förderung des Klimakillers Braunkohle protestiert. Greenpeace-Aktivisten besetzten tags darauf die Kirche und brachten damit die Abrissplanung durcheinander.

Der BUND hält die Devastierung ganzer Siedlungen für verfassungswidrig und forderte die Landesregierung auf, endlich den Kohleausstieg einzuleiten. „Der gravierende Eingriff in die Grundrechte der Tagebau-Betroffenen ist nicht mehr hinnehmbar. Für einen heute zur Energieversorgung überflüssigen Energieträger wird unsere Heimat verheizt. Das muss ein Ende haben“, sagte Dirk Jansen, NRW-Geschäftsleiter des BUND. Die Gewinnung und Nutzung der Braunkohle dient nicht dem Allgemeinwohl – im Gegenteil. Es gibt keinen größeren Eingriff in die Umwelt und gewachsene soziale Strukturen als den Tagebau. Und der dreckige Braunkohlenstrom geht wegen der massiven fossilen Überkapazitäten schon jetzt größtenteils in den Auslands-Export.

Geht es nach den Plänen des RWE und der Landesregierung, sollen noch weitere 1.600 Menschen

in fünf Ortschaften für den Tagebau Garzweiler umgesiedelt werden. Dazu läuft derzeit die Umsiedlung der Ortschaften Manheim (ursprünglich 1.693 Einwohner\*innen) und Morschenich (ehemals 538 Ew.) für den Tagebau Hambach. Seit den 1950er-Jahren wurden im Rheinland insgesamt etwa 40.000 Menschen für die Braunkohle umgesiedelt.

Erstmals wurde die Ortschaft Immerath 1144 als Emundrode urkundlich erwähnt. Am Standort von St. Lambertus – im Volksmund wegen seines Doppelturms „Immerather Dom“ titulierte – existierte seit dem 12. Jahrhundert eine romanische Kirche. Diese wurde 1888 abgerissen und durch den neuen neoromanischen, basilikalischen Bau ersetzt.



Mehr Bilder und Infos:  
[www.bund-nrw.de/verheizte\\_heimat](http://www.bund-nrw.de/verheizte_heimat)



D. Jansen



A. Müsseler/arné-muesseler.com

## Hochwasserschutz wird ausgebremst

**B**edingt durch den Klimawandel nimmt die Hochwassergefahr auch in Deutschland zu. Der BUND fordert deshalb schon seit langem, natürliche Überschwemmungsräume zu schaffen und den Flüssen wieder mehr Raum zu geben. So setzt sich die Kreisgruppe Düsseldorf derzeit massiv für eine Rheindeich-Rückverlegung ein.

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Sanierung des Hochwasser-Schutzdeichs im Himmelgeister Rheinbogen forderten die BUND-Aktiven eine Neuplanung der Hochwasserschutzmaßnahme. Die aktuelle Sanierungsplanung der Stadt Düsseldorf sieht einen Ersatz des bestehenden Deichs auf der vorhandenen Trasse vor und weicht damit stark von den ursprünglichen Planungen ab. Diese umfassten eine Rückverlegung des Deichs und damit die Schaffung von rund 60 Hektar zusätzlicher Überschwemmungsfläche. Selbst laut Umweltverträglichkeitsprüfung ist die jetzt vorgelegte Planung ohne Deichrückverlegung die ökologisch schlechteste Variante. Sie wurde offensichtlich aus Wirtschaftlichkeitserwägungen gewählt, denn die Stadt hat sich offenbar schon 1975 zu hohen Entschädigungszahlungen für den Fall der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen vertraglich verpflichtet.

Der Verzicht auf eine Deich-Rückverlegung verstößt nach Ansicht des Sprechers der BUND-Kreisgruppe Düsseldorf Michael Süßer nicht nur gegen die verbindlichen Ziele aus der Wasserrahmenrichtlinie, auch der Artenschutz litte darunter. „Auf dem Deich wachsen die größten und wertvollsten Trockenrasen im Stadtgebiet mit zahlreichen gefährdeten Tierarten. Da der bestehende Deich für die Sanierung vollständig abgetragen werden muss, sind diese durch die Planung akut bedroht“, so Süßer. Bei einer Rückverlegung des Deiches müsste der alte Deich nur an einzelnen Stellen durchbrochen werden und könnte weitestgehend erhalten werden.

Der Fall wird in Düsseldorf mehr und mehr zum Politikum. CDU und Grüne unterstützen inzwischen die BUND-Forderung und verlangten Akteneinsicht. Jetzt ist die Bezirksregierung gefordert.

 [www.bund-duesseldorf.de](http://www.bund-duesseldorf.de)



### BUND Viersen deckt auf

## Grundwasserverseuchung im Schutzgebiet

**D**ie Hartnäckigkeit der BUND-Kreisgruppe Viersen trägt Früchte: Von ihr Anfang Oktober 2017 in Auftrag gegebene Wasseranalysen in einer landwirtschaftlichen Sickergrube im Wasserschutzgebiet Viersen-Dülken belegten massive Belastungen mit Ammonium, Nitrat, organischen Stoffen und (Fäkal-)Keimen. Da die Sickergrube in direktem Kontakt mit dem Grundwasser steht, stellte der BUND am 17. Oktober 2017 eine Strafanzeige wegen Gewässerverschmutzung gegen den Betreiber und forderte den Kreis Viersen auf, unmittelbare Maßnahmen zur Schadensabwehr einzuleiten.

Daraufhin veranlasste der Kreis Viersen eigene Untersuchungen,

die die BUND-Ergebnisse bestätigten. Doch trotz eindeutiger Daten- und Gefährdungslage ist bisher nichts weiter geschehen. „Bei

jedem Unfall mit wassergefährdenden Stoffen in Wasserschutzgebieten wird üblicherweise sofort die Feuerwehr zwecks Gefahrenabwehr eingeschaltet, verunreinigtes Wasser abgepumpt, Boden abgetragen und werden Sanierungsmaßnahmen eingeleitet. Es ist unbegreiflich, dass diese Grundwasserschädigung bisher tatenlos hingenommen wird“, so Paul Kröfges, Gewässerschutzexperte des BUND.

Von der Strafanzeige erhofft sich der BUND jetzt, dass auch die Behörden endlich handeln. Weitere rechtliche Schritte werden geprüft.

 [www.bund-nrw.de/wasser](http://www.bund-nrw.de/wasser)





D. Jansen

Am 21. Januar haben BUND-Aktive die Delegierten zum SPD-Sonderparteitag in Bonn mit der Forderung „Groko nur mit Kohleausstieg! Klimaziele einhalten!“ empfangen und dabei einen offenen Brief überreicht. Darin fordert der BUND, im Rahmen von Koalitionsverhandlungen klare Zielstellungen und konkrete Maßnahmen in einen Koalitionsvertrag aufzunehmen, die eine sozial-ökologische Erneuerung unseres Landes einleiten. Den offenen Brief und mehr Bilder von der Aktion: ► [www.bund-nrw.de/groko](http://www.bund-nrw.de/groko)

## Positives Wachstum

### Der BUND Landesverband wächst

Ende 2017 hat der BUND Nordrhein-Westfalen erstmals in seiner Geschichte die Marke von 30.000 Mitgliedern überschritten: 30.564 Menschen unterstützen aktuell den Landesverband und sorgen damit für die Basis der finanziell und politisch unabhängigen Arbeit. Drei Fragen an BUND-Geschäftsleiter Jochen Behrmann:

*Warum ist eine breite Mitgliederbasis für den BUND NRW so wichtig?*

Der BUND vertritt seine Mitglieder in Politik und Gesellschaft. Je mehr Mitglieder wir sind, desto wirkungsvoller können wir die Interessen von Natur und Umwelt vertreten. Die großen politischen Erfolge des BUND sind nur deshalb möglich, weil hinter den Aktivitäten eine starke Gemeinschaft steht. Die Mitgliedsbeiträge bilden zudem die wichtigste finanzielle Basis des BUND. Nur mit dieser finanziellen Unabhängigkeit von Wirtschaft und Politik können wir auch weiterhin politisch unabhängig handeln.

*Wie können sich die Mitglieder aktiv einbringen?*

Der BUND ist ein Mitmachverband und landesweit mit vielen ehrenamtlichen Mitgliedern aktiv: flächendeckend in den Kreis- und Ortsgruppen sowie themenbezogen in Landesarbeitskreisen, Projekten und Netzwerken. Lebendiger Austausch untereinander, Lust sich einzumischen, Vielfalt an Charakteren und spannende neue Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten – das ist es, was die Arbeit im BUND ausmacht. Die Mitglieder entscheiden beim BUND basisdemokratisch, welche Themen vor Ort konkret angegangen werden und wo und wie sich BUND-Aktive einmischen. Bei ihrem Engagement werden die Aktiven mit einem breiten kostenlosen Qualifizierungsangebot unterstützt.

*Wie sieht die weitere Perspekti-*

*ve des Verbandes aus?*

Die wachsende Mitgliederzahl macht zunächst einmal deutlich, dass Umwelt- und Naturschutz nach wie vor Themen darstellen, die für die Menschen von großer Bedeutung sind. In den nächsten Jahren sind zudem riesige Herausforderungen zu bewältigen wie beispielsweise die Energiewende. Bei derartigen Transformationsprozessen ist zivilgesellschaftliches Engagement wichtiger denn je. Von daher wird der BUND mit Sicherheit auch künftig ein einflussreicher gesellschaftlicher Akteur sein, der seine Stimme konsequent und unabhängig für den Erhalt von Natur und Umwelt erhebt.



S. Höft

## BUND bildet Heilkräuterpädagoginnen aus

dreizehn Teilnehmerinnen absolvierten erfolgreich die Fortbildung zur Heilkräuterpädagogin im BUND-Naturerlebnisgarten Herten. Um als zertifizierte Fachfrau für Wild- und Heilpflanzenkunde anerkannt zu werden, mussten die Absolventinnen zwischen März 2017 und Januar 2018 insgesamt 72 Unterrichtsstunden nachweisen. Pflanzenarten bestimmen können, die praktische Verarbeitung, die Inhaltsstoffe und ihre Wirkungen, aber auch die Kulturgeschichte der einzelnen Arten erlernen – all das steht auf dem umfangreichen Lehrplan unter Leitung von Sigrun Zobel. Auch in diesem Jahr steht die Weiterbildung wieder auf dem Programm.

 [www.bund-naturerlebnisgarten.de](http://www.bund-naturerlebnisgarten.de)



S. Zobel

### Fortbildung und Austausch

## BUND-Aktivenqualifizierung

Wer in Nordrhein-Westfalen im BUND aktiv ist, erhält tatkräftige Unterstützung von Landesverband und Arbeitskreisen, BUND-Expert\*innen und unserem Bundesverband. Auch Aktive in anderen BUND-Gruppen und die BUNDjugend sind jederzeit ansprechbar und stehen bei Bedarf mit Tipps und Erfahrungen beiseite.

Darüber hinaus können Ehrenamtliche im BUND kostenlos an unseren internen Fortbildungen und Austauschtreffen („BUND-Stammtische“) teilnehmen. Hier kann man zusammen mit anderen viel Nützliches und Praktisches erlernen,

gute Ideen und Erfahrungen austauschen, wertvolle Kontakte knüpfen und ganz nebenbei den eigenen Horizont erweitern, was auch für Privates und Berufliches eine Bereicherung sein kann. Das Angebot reicht von der Einführung in die Pressearbeit vor Ort, über Fragen des Stadtnaturschutzes bis hin zum Veranstaltungsmanagement.

Das Programm für 2018 gibt es unter  
 ► [www.bund-nrw.de/aktivenqualifizierung](http://www.bund-nrw.de/aktivenqualifizierung)

### Seminare, Veranstaltungen und mehr

## Umweltbildung

Die BUNDjugend NRW bietet auch dieses Jahr wieder tolle Freizeiten, Seminare und Camps für Kinder und Jugendliche an. Das komplette Angebot ist im ‚Tatendrang 2018‘ gelistet, der bei der BUNDjugend in Soest bestellt werden kann.

► [www.bundjugend-nrw.de/termine](http://www.bundjugend-nrw.de/termine)

Im Rahmen des Kooperationsmodells mit der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW hat auch der BUND-Landesverband spannende Veranstaltungen im Angebot.

► [www.nua.nrw.de](http://www.nua.nrw.de)



### Landesdelegiertenversammlung 2018

Die Landesdelegiertenversammlung des BUND Landesverband NRW findet am Sonntag, den 10. Juni 2018 in Münster statt. Die vorläufige Tagesordnung sieht den Rechenschaftsbericht des Vorstands, Berichte, Finanzen, Wahlen und Anträge vor.